

Die Volksabstimmung 1921 und die Teilung Oberschlesiens

Von *Karsten Eichner*

Es war ein völkerrechtliches Novum, ein internationaler Großversuch ohne vergleichbares Vorbild: Nicht die Staatenlenker am Verhandlungstisch, sondern die Bevölkerung selbst sollte zum ersten Mal in der Geschichte über ihr Schicksal und über ihre künftige staatliche Zugehörigkeit entscheiden. Und das kurz nach Ende des blutigen Ersten Weltkriegs in einer industriellen Schlüsselregion im Herzen Europas – in Oberschlesien.

Rund 1,2 Millionen Oberschlesier – Frauen wie Männer – durften im März 1921 in einer freien und geheimen Abstimmung darüber abstimmen, in welchem Staat sie künftig leben wollten: in Deutschland oder in Polen.¹ Die Grundlage dafür – nämlich das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker – leitete sich aus den bekannten „14 Punkten“ des US-Präsidenten Woodrow Wilson ab. Doch wie kam es überhaupt dazu, dass der oberschlesischen Bevölkerung tatsächlich dieses Entscheidungsrecht zugestanden wurde, ähnlich wie in anderen umstrittenen Grenzgebieten des Deutschen Reiches? Und welche Folgen ergaben sich daraus für die internationalen Beziehungen und das fragile europäische Sicherheitsgefüge nach dem Ersten Weltkrieg?

Was in den anderen, deutlich kleineren und wirtschaftlich weniger wichtigen Grenzabstimmungen etwa in Schleswig, Allenstein und Marienwerder trotz einzelner Konflikte weitgehend reibungslos und friedlich verlief, geriet im hart umkämpften oberschlesischen Industriegebiet – dem wirtschaftlich wichtigen „zweiten Ruhrgebiet“ des Deutschen Reiches – zum langwierigen und blutigen Debakel und führte zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Wie aber konnte es überhaupt so weit kommen?

Der vorliegende Beitrag zeigt, wie die Oberschlesienfrage schon von Beginn an Spielball der hohen Politik war und es im Folgenden immer stärker wurde. Insbesondere die konträren britischen und französischen Nachkriegsinteressen in Europa

¹ Dieser Beitrag beruht auf den Ergebnissen der Dissertation des Autors, die 2002 unter dem Titel „Briten, Franzosen und Italiener in Oberschlesien 1920–1922. Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission im Spiegel der britischen Akten“ im Verlag Scripta Mercaturae, St. Katharinen, als Beiheft XIII zum Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau erschienen ist, sowie auf einem Würzburger Tagungsbeitrag zur Volksabstimmung aus dem Jahr 2004.